

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P XXIV/94

Bonn, den 20. Mai 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 1a	<u>Verständigung auch mit Polen</u> Zur Reaktion auf die Rede Gomulka	72
2	<u>Länderreform ist Lebensinteresse</u> Am Beispiel Schleswig-Holsteins Von Joachim Steffen	38
3	<u>"Erst probieren, dann urteilen"</u> Italienische Pressestimmen über die SPD	45

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute:

Brandt: Kein Verzicht auf friedensvertragliche Regelung
Volksgruppenrecht und Familienzusammenführung
Neuer Vorsitz im Ausschuss für Vertriebene und Flüchtlinge
Diederichs übernahm Schirmherrschaft über Schlesiertreffen
An parteipolitische Neutralität erinnert
Das Selbstbestimmungsrecht verwirklichen
Appell an die Länder zur Finanzierung der 21. LAG-Novelle
Realeinkommen in Mitteldeutschland 40 Prozent geringer

Verständigung auch mit Polen

Zur Reaktion auf die Rede Gomulka

sp - Es ist müßig, darüber zu spekulieren, was den polnischen Parteichef bewogen haben mag, die Rede, die er einige Wochen nach der bemerkenswerten Budapester Erklärung der Warschauer Paktstaaten hielt, so zu halten, wie er sie gehalten hat. Sie fällt in vielerlei Hinsicht außerhalb des gewohnten Rahmens. Der Mann, der selbst unter der Verfolgung durch die Stalinisten gelitten und viele Jahre lang in Gefängnissen gesessen hat, dann durch den polnischen Oktober 1956 wieder zur Macht gelangte und von den Machthabern der Sowjetunion akzeptiert wurde, verzichtete in seiner Rede auf jede verschärfende Polemik gegen die Bundesrepublik. Hat er eingesehen, daß die Verteufelung der Bundesrepublik als ein Herd von "Kriegstreibern und Revanchisten" nicht mehr in die politische Landschaft Europas paßt? Seine Äußerungen sind ernst zu nehmen. Sie können den harten Boden für Gespräche zwischen Deutschen und Polen etwas auflockern.

Das kann, wie die Dinge liegen, nur ein Hoffnungsschimmer sein. Das deutsch-polnische Verhältnis ist durch Schrecklichkeiten ungeheureren Ausmaßes belastet. Beide Völker haben sich Furchtbares zueeignet. Eine gegenseitige Aufzählung und Aufrechnung führt zu nichts, sie hilft nicht weiter. Auf beiden Seiten sind hier solche Aufrechner am Werke, doch sie machen auf lange Sicht gesehen nicht Geschichte, sie erschweren nur den Weg, der doch einmal beschriftet werden muß - den Weg der Verständigung und der Suche nach einer friedensvertraglichen Regelung zwischen beiden Völkern, die den Lebensinteressen beider Völker gerecht wird.

Bundesaußenminister Willy Brandt hat, da er persönlich von Gomulka angesprochen wurde, im Namen der Bundesregierung die Bereitschaft zu Gesprächen bekundet und er hat sich dabei auf die Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966 berufen. Sie in Erinnerung zu bringen, ist ein Gebot der Sauberkeit und der Redlichkeit, weil es nicht an Versuchen mangelt, von dieser Erklärung der Regierung

Kiesinger/Brandt wieder abzukommen. Da heißt es:

"Deutschland war jahrhundertlang die Brücke zwischen West- und Osteuropa. Wir möchten diese Aufgaben auch in unserer Zeit gern erfüllen.

Es liegt uns daran, das Verhältnis zu unseren östlichen Nachbarn, die denselben Wunsch haben, auf allen Gebieten des wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Lebens zu verbessern und, wo immer dies nach den Umständen möglich ist, auch diplomatische Beziehungen aufzunehmen.

In weiten Schichten des deutschen Volkes besteht der lebhafteste Wunsch nach einer Aussöhnung mit Polen, dessen leidvolle Geschichte wir nicht vergessen haben und dessen Verlangen, endlich in einem Staatsgebiet mit gesicherten Grenzen zu leben, wir im Blick auf das gegenwärtige Schicksal unseres eigenen geteilten Volkes besser als in früheren Zeiten begreifen. Aber die Grenzen eines wiedervereinigten Deutschlands können nur in einer frei vereinbarten Regelung mit einer gesamtdeutschen Regierung festgelegt werden, einer Regelung, die die Voraussetzungen für ein von beiden Völkern gebilligtes, dauerhaftes und friedliches Verhältnis guter Nachbarschaft schaffen soll."

Ein In-Ordnung-bringen des Verhältnisses zu unserem östlichen Nachbarvolk kommt die gleiche Bedeutung zu, wie der deutsch-französischen Freundschaft. Ein deutsch-französischer Krieg ist heute undenkbar. Ebenso muß auch eine kriegerische Auseinandersetzung an die Ostgrenzen undenkbar werden. Eine von allen erstrebte und gesicherte europäische Friedensordnung schließt dies aus; ohne die Mitwirkung der Bundesrepublik Deutschland und Polen kann sie nicht zustandekommen. Die Bundesregierung ist zu Testversuchen bereit, denn ohne die Verständigung auch und gerade mit den Polen gibt es keine Fortschritte zur Vereinigung Europas.

Auf dem Wege dorthin darf es keine Vorbedingungen geben, kein gegenseitiges Auftrumpfen oder ein Sich-Verlieren in Illusionen. Dies ist ein steiniger Weg. Es gehört viel Mut dazu, ihn auf beiden Seiten zu beschreiten, ohne daß dabei die Lebensinteressen beider Völker verletzt werden. Der Gewaltverzicht kann eine Brücke dazu sein. Er ist ein unerläßlicher Bestandteil einer gesicherten europäischen Friedensordnung, deren Verwirklichung deutsch-polnische Gespräche zur Voraussetzung haben. Ein möglicherweise beginnender deutsch-polnischer Dialog darf aber nicht zum Wahlkampfthema werden. Wer das versucht, zerschlägt außenpolitisches Porzellan und untergräbt das Vertrauen, das die Politik der Großen Koalition für die Bundesrepublik in der Welt erworben hat.

Länderreform ist Lebensinteresse

Am Beispiel Schleswig-Holsteins

Von Joachim Steffen

Innenminister Benda hat eine bemerkenswerte Entdeckung gemacht: Unsere Verfassung sieht eine Reform der Länder vor. Minister Benda meint, der Verfassungsauftrag müsse erfüllt werden. Unsere Verfassung ist ziemlich alt. Daß ein CDU-Innenminister jetzt einen ihrer Aufträge erfüllen will, heißt uns hoffen.

Noch mehr heißt uns hoffen, daß die "Junge Union" Schleswig-Holsteins, bislang eher die politische Keulen-Riege der Reaktion, als ein Element fortschrittlicher Entwicklung auch für diesen Bereich der Reform neue Töne anschlägt. Sie ist für die Veränderung der bisher volkstumsgeheiligten Ländergrenzen. Das muß man loben. Es ist immer gut, für vernünftige Positionen in der Politik Verbündete zu finden. Sie können jetzt offenbar auch aus der "Jungen Union" des Landes Schleswig-Holstein kommen. Wenn morsche Stämme grüne Triebe sprießen lassen, dann ist Hoffnung auf qualitative Veränderung der Politik durchaus angebracht.

Die Bildung eines Nordweststaates ist eine Notwendigkeit. Vor allem aus wirtschaftlichen Gründen. Politisch wäre es durchaus angebracht, wenn eine Landesregierung oder ein Länderparlament, das von seinen Gemeinden und Kreisen erwartet, daß sie sich durch Zusammenlegung vergrößern, um den Anforderungen einer sich immer schneller wandelnden Welt gewachsen zu sein, durch eigenes Beispiel zeigen, daß auch der jetzige Bestand an Ländern nicht als unantastbar erscheint.

Schleswig-Holstein war eine preußische Provinz. Heute nennt es sich ein Land. Faktisch ist es eine Bonner Provinz. Seine eigene Wirtschafts- und Finanzpolitik ist völlig unzureichend. Es lebt von Subventionen und der Strukturpolitik des Bundes. Sein eigentliches Wirtschaftszentrum ist Hamburg. Seine politischen Möglichkeiten sind also mehr als begrenzt.

Das Land Schleswig-Holstein ist wirtschaftlich und politisch ein Problemgebiet. Seine Probleme lassen sich am sinnvollsten nur mit den Problemen seiner südlichen Nachbarn zusammen lösen. Deshalb wäre es notwendig, daß Schleswig-Holstein seinen Willen, sich als "Land" überflüssig zu machen, eindeutig dokumentiert. Nach den Äußerungen des Bundesinnenministers Benda und der Willenserklärung der "Jungen Union" Schleswig-Holsteins ist zu hoffen, daß die Haltung der SPD im Landtag, die für einen Nordweststaat eintritt, Unterstützung findet. Es liegt im Lebensinteresse dieses Landes und seiner Menschen, daß die Länderreform zügig vorangeht.

+ + +

"Erst probieren, dann urteilen"

Italienische Pressestimmen über die SPD

H.K. - Die italienische Presse hat sich in den letzten Monaten öfter mit der Innen- und Außenpolitik beschäftigt. In der überwiegenden Mehrzahl der Pressestimmen, vor allem der großen Zeitungen, werden die neuen Ideen und Impulse der deutschen Sozialdemokratie begrüßt. Der Gesamttenor der italienischen Kommentare läuft etwa darauf hinaus, daß nach langen Jahren einer erstarrten Politik unter der Adenauer- und Erhard-Ära, und nach allzu langer Alleinherrschaft der CDU nun die Dinge in Bewegung geraten. Die Sozialdemokratie betriebe gerade in letzter Zeit eine realistischere Politik und zöge die veränderten Verhältnisse sowohl in Europa als auch in der Welt mehr in Rechnung.

Der Brandt-Rede auf dem Godesberger Parteitag wurde besonderes Interesse gewidmet. Die römische Zeitung "Popolo", Organ der italienischen Christdemokraten, schreibt am 19. 4.: "Die Sozialdemokraten haben, seit sie in der Regierung sind, ausgezeichnet die Formel gelernt 'erst probieren, dann urteilen'. Dies ist eine Weisheit, die nur die Macht vermitteln kann..." Der Artikel schließt: "Die Vorsicht hat so auf ganzer Linie gesiegt, ein Grund, weshalb sich die Partei den bevorstehenden Wahlen stellen kann, ohne Erschütterungen erlitten zu haben."

Die römische Zeitung "Il Tempo" brachte am 19. April einen Artikel über die Rede des Außenministers und Parteivorsitzenden Willy Brandt mit dem Untertitel "Mit einer wie nie zuvor realistischen Rede hat der Außenminister das Recht seiner Partei auf Führung der Regierung nach den nächsten Wahlen gefordert". "Brandt und seine Freunde haben", so heißt es in dem Kommentar, "kein heißes Eisen vermieden, aber sie haben verhindert, daß man sich in maximalen und unrealistischen Aufzählungen verlor." Aus der Brandt-Rede sei klar hervorgegangen: "...daß heute seine Partei die nötige Struktur auch für größere Regierungsverantwortungen hat, wenn sich das Land entschließen sollte, sie damit zu betrauen."

Großes Aufsehen erregte in der italienischen Presse das Brandt-Interview mit der linken Abendzeitung "Paese Sera". Die "Unità", Organ der italienischen Kommunisten, zitierte am 11. März im Zusammenhang mit den Angriffen, denen sich Brandt innerhalb der Bundesrepublik ausgesetzt sah, den "Sozialdemokratischen Pressedienst", der sich zurecht für Brandt einsetzte und die Angriffe "als Zeichen einer allgemeinen Nervosität" wertete.

Sowohl "Paese Sera" als auch die "Unità" (und mit ihnen nahezu die gesamte italienische Presse) werten den neugewählten Bundespräsidenten Heinemann als politisch und persönlich integren Menschen und als einen Mann, der mit seiner erklärten Bereitschaft, die bestehenden Machtblöcke und Militärbündnisse notfalls infrage zu stellen und eventuell gemeinsam zu modifizieren, auf realistische Weise dem Frieden in Europa und in der Welt dienen könne.